

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 22. Druck u. Versand Joh. van Nieuwen, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 245 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 2.

Nummer 34

Düsseldorf, den 23. August 1930

Veranstort Krefeld

## Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie

Die Verhandlungen des Dresdner Verbandstages.

Stellte die Sonntagskundgebung unserer Generalversammlung in Dresden mit dem Brauerschen Vortrage über „Kulturgefährdung durch Arbeitslosigkeit“ schon einen wichtigen, eindrucksvollen Auftakt unseres Verbandstages dar, so boten die Verhandlungen der folgenden Tage ein Bild verantwortungsvoller Gewerkschaftsarbeit. Wie bei der Sonntagskundgebung, so stand auch im Mittelpunkt dieser Beratungen das Arbeitslosenproblem in der Textilindustrie, das in Vortrag und Aussprache eingehend behandelt wurde.

Ohne Frage kann unser Verband ein besonderes Verdienst dafür in Anspruch nehmen, daß er das aktuellste und ernsteste Problem unseres Volkes, die Arbeitslosenfrage, zum Generalthema des diesjährigen Verbandstages machte. Die Arbeitslosigkeit ist der Ausgangspunkt und Inhalt aller gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen des deutschen Volkes geworden, und nicht zuletzt auch aller Differenzen, die gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen. Mit umso größerer Befriedigung können wir anlässlich unserer Dresdener Beratungen feststellen, daß eine grundsätzliche Meinung, eine gemeinsame Ueberzeugung und ein Wille alle Vertreter unseres Verbandstages befeuerte, so daß Vortrag und Aussprache zu einer grundsätzlichen Frage, über die nicht Führer und Verbandsvertreter, Angestellte und Defegerte einer Meinung waren. Wie am Sonntage, so rundete sich auch in den Verhandlungen der folgenden Tage das Bild unserer Generalversammlung ab zu einer Willenskundgebung gemeinsamen Schaffens und Wollens im Dienste des Verbandes und unseres Standes und im Dienste der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Wieder nahmen am Montage und an den folgenden Tagen zahlreiche Vertreter der Behörden, der Geistlichkeit und bestreuerter Organisationen an den Beratungen teil. Wieder liefen zahlreiche Telegramme und Glückwunschsadressen ein; wurden in herzlichen Begrüßungsworten unserem Verbands und seiner Generalversammlung von Behörden und Bruderverbänden Grüße entboten.

Die Vorträge der Kollegen Melcher (Düsseldorf) und Hecke (Münster) gaben Grundlage und Rahmen der Verhandlungen.

Kollege Melcher referierte am Montage zunächst über

### Das Arbeitslosenproblem in der Textilindustrie

Man kann das Arbeitslosenproblem in der Textilindustrie nicht betrachten, ohne daß man einen Blick auf die wirtschaftlichen Erscheinungen Europas und der ganzen Welt lenkt. Von nicht ganz 200 Millionen Einwohnern europäischer Staaten sind weit über 5 1/2 Millionen arbeitslos. Dazu kommen noch 800 000 Arbeitslose in Japan und zirka 4—6 Millionen Arbeitslose in Amerika. Die Zahl der Arbeitslosen in China ist wegen der dort herrschenden politischen Wirren nicht zu ermitteln. Alles in allem: Rund 15 Millionen Menschen der ganzen Welt sind arbeitslos.

Mehr und mehr ringt sich die Erkenntnis durch, daß strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft von ganz ungeheurem Ausmaße vor sich gegangen sind.

Alle Staaten Europas haben sich in der Vorkriegszeit zum Nationalstaat und damit gleichzeitig zur „Nationalwirtschaft“ entwickelt. Generationen trieben planmäßig innere und äußere Wirtschaftspolitik. Ein nationaler Markt, nationale Geldwesen, nationale Preisbildung, einheitliche wirtschaftliche Gesetzgebung waren für die Entwicklung charakteristisch. Die Beziehungen zum Ausland, bedingt durch Ausfuhr- und Einfuhrbedarfe, waren mittels eines Systems wohlüberdachter, fast alle europäischen Länder umfassender, vorwiegend langfristiger Handelsverträge in Regel und Ordnung gebracht. So bildete sich neben der Arbeitsteilung innerhalb der Volkswirtschaften eine sie ergänzende europäische heraus, die

ihrerseits wieder in eine weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einmündet. Die durchgreifende

### staatliche und raumwirtschaftliche Neugliederung Europas

mußte angesichts dieser Entwicklung zu schweren Krisenerscheinungen führen. Aus alten Volkswirtschaften mit einheitlichem Charakter sind lebenswichtige Teile herausgerissen worden. Andere Volkswirtschaften haben Zuwachs ihrer produktiven Kräfte erhalten. Die zahlreichen aus den Friedensverträgen hervorgegangenen neuen Staaten stehen vor der schweren Aufgabe, das mehr oder weniger wirklich abgegrenzte Staatsgebiet auch wirtschaftlich zu einer gewissen Selbstständigkeit zu führen.

Die staatliche Neugliederung Europas brachte eine Vermehrung seiner Zollgrenzen von etwa 11 000 km.

die sich immer mehr zu Zollmauern ausgewachsen haben. Die nationale Wirtschaftspolitik ist in der Nachkriegszeit in den meisten Ländern Europas noch mehr auf die Spitze getrieben worden. Ueberall ist die nationale Wirtschaftspolitik Kernpunkt der auf die Zukunft gerichteten Pläne. Erst wenn in allen europäischen Staaten die Erkenntnis um sich greift, daß sie wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb zusammengehören, darf eine Aenderung dieser Zu-

Ganz wesentlich beeinflusst wurde die allgemeine Lage der deutschen Textilindustrie durch

### innenwirtschaftliche Strukturwandlungen.

Entscheidend bei der Beurteilung dieser Strukturwandlungen sind die Gebietsabtrennungen, wie sie durch den Friedensvertrag von Versailles bedingt waren. Deutschland hat durch den Versailler Vertrag 12,2 Prozent seiner Fläche mit 8,2 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Der zur Verfügung stehende eigene Lebensraum ist somit nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig kleiner geworden. Demgegenüber hat sich — von Oberschlesien abgesehen — der Verlust von Erzeugnisstätten der verarbeitenden Industrie auf die Dauer gesehen nicht so verhängnisvoll ausgewirkt, als es zunächst den Anschein hatte. Denn das, was an so gestaltender Produktionskraft verloren ging, ist durch ihre Vermehrung und Erweiterung im übrigen Deutschland mehr als wettgemacht worden.

Gegenüber der Vorkriegszeit ist die industrielle Kapazität Deutschlands auf verkleinertem Gebiet größergeworden.

### Die Textilindustrie

nimmt in diesem so zerrissenen deutschen Wirtschaftskörper eine sehr bedeutende Stellung ein. Wir sehen in der Textilindustrie denselben Konzentrationsvorgang wie auch in den übrigen deutschen Industriezweigen. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Beschäftigten je Betrieb 8,1, im Jahre 1925 9,8.

Neben dieser Entwicklung ist auch eine beachtliche maschinelle Entwicklung und eine Steigerung der motorischen Kräfte in der Textilindustrie zu verzeichnen. Es wurden in Baumwollspinnereien und Zwirnereien gezählt:

	im Jahre 1925	1927
Spinnspindeln	10 206 000	11 015 000 + 809 000 Stk.
Davon Seltfaktorspindeln	4 492 000	4 462 000 - 30 000 "
Drosselspindeln	5 649 000	6 515 000 + 866 000 "
Sonstige Spindeln	65 000	38 000 - 27 000 "

Es zeigt sich hier eine wachsende Verwendung der im allgemeinen rationeller arbeitenden Drosselspindeln gegenüber den Seltfaktorspindeln. Denselben Vorgang beobachten wir auch in den Rammgarnspinnereien, die im Jahre 1926 bei 1 993 000 Spindeln bereits 405 000 Drosselspindeln aufzuweisen hatten.

In den Webereien, ganz besonders in den Baumwoll- und Leinenwebereien hat der Automatenwebstuhl seinen Siegeszug angetreten. In den gesamten Webereien Deutschlands dürften heute rund 25 000 automatische Webstühle vorhanden sein bei annähernd 220 000 vorhandenen Webstühlen.

Neben dieser maschinellen Verbesserung der Betriebe ist auch eine leistungssteigernde Verbesserung der Antriebskraft erfolgt. Im Jahre 1907 hatte die deutsche Textilindustrie eine Antriebskraft in Elektromotoren von 96 205 PS., im Jahre 1925 von 706 257 PS.

In der gleichen Zeit sank die Antriebskraft der Primärkraftmaschinen von 816 686 PS. im Jahre 1907 auf 572 811 PS. im Jahre 1925. Es verbleibt somit eine Steigerung der Antriebskraft um 366 077 PS. gleich 41 Prozent.

Der Produktionswert der Textilindustrie hat sich im Jahre 1913 bis zum Jahre 1928 um 3,58 Milliarden vermehrt.

Der Produktionswert der Textilindustrie hatte mit 9,38 Milliarden RM. den höchsten Stand erreicht. Demgegenüber die Produktionsleistung von 1913 erreicht, ergibt sich eine Verteuerung der Textilwaren um 4,4 Milliarden RM. oder um 88,7 Prozent. In Vergleichszahlen ausgedrückt würde der Preis für Textilien im Jahre 1927 auf 188,5, gegen 100 im Jahre 1913 gestanden haben.

Nicht unbeachtet darf bleiben, daß der Inlandsverbrauch an Textilwaren ganz wesentlich gesunken ist. Derselbe betrug im Jahre 1928 741 Millionen kg gegenüber 763 Millionen kg im Jahre 1913, also 22 Millionen kg weniger. Dieser Minderverbrauch hat mit der Gebietsabtretung und der dadurch verringerten Einwohnerzahl nichts zu tun. Er beruht auf mangelnder Kaufkraft der Massen. Pro Kopf der Bevölkerung betrug der Inlandsverbrauch im Jahre 1928 11,29 kg.

Geradezu widerföhrig erscheint angesichts des eingeschränkten Inlandsabfahes die Ausdehnung und Aufblähung der Textilbetriebe und die dabei betriebene Ueberspannung der Arbeitsleistung.

Die Zahl der in Deutschland mit der Textilindustrie als Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter zusammenhängenden Personen ist seit dem Kriege um rund 200 000 Personen gestiegen.

Die Zahl der Arbeiter stieg in derselben Zeit von 846 000 auf 948 000, also um 12 Prozent, diejenige der Angestellten von 77 000 auf 125 000, also um 62 Prozent.

Mehrfach konnte unser Verband auf die übertriebene manuelle Steigerung der Arbeitsleistung in der Textilindustrie hinweisen. Dieselbe ist erkennbar in den immer stärker auftretenden Lohnabbaumaßnahmen und -forderungen der Arbeitgeber, vor allen Dingen bei den Akkordlöhnen.

Man hat die Werke ausgebaut, durch Mechanisierung und Rationalisierung die Leistung gesteigert, ohne Rücksicht darauf, ob denn auch der nötige Absatzmarkt vorhanden ist.

Auch die Industrialisierung der überseeischen Rohstoff- und Absatzgebiete hat unter dem Einfluß des Krieges einen gewaltigen Aufschwung genommen. Aus den ehemaligen Exportländern, die in der Vorkriegszeit für die europäische Textilindustrie lediglich Rohstofflieferanten und Absatzmärkte waren, wurden eigene Industriegebiete, die durch eine eigene Textilindustrie nicht allein ihren Eigenbedarf an Textilien decken, sondern darüber hinaus mit dem Vorteil der Rohstoff-Standort-Produktion und billigen Löhnen der europäischen, auch der deutschen Textilindustrie, vornehmlich in der Stapelwarenfabrikation scharfe Konkurrenz bereiten.

So ist die Textilkrise Deutschlands zum Teil auch auf den Verlust auswärtiger Absatzmärkte zurückzuführen. Die Größe dieser Krise läßt sich nicht genau errechnen, weil gesonderte Angaben für den Vorkriegshandel Elfaß-Lothringens nicht vorliegen. Indes stellt das Internationale Arbeitsamt fest, daß die Gesamtexport von Fertigwaren in der Baumwollindustrie von durchschnittlich jährlich 40 000 Metertonnen in den Jahren 1912/13 auf 20 000 Metertonnen bis zum Jahre 1926 gesunken ist, sie lag auch im Jahre 1929 noch rund 30 Millionen kg unter der Vorkriegsausfuhr.

Trotzdem wäre es verkehrt, wollte man die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie grau in grau malen.

Die Beschäftigungsziffern sind heute kein richtiger Maßstab mehr für die Beurteilung des inneren Gesundheitszustandes eines Textilbetriebes.

Ein 15—20 prozentiger Ausfall von Arbeitskräften oder eine 15—20 prozentige Verkürzung der Beschäftigung

tigungszeit wird ausgeglichen durch die mit 30-35 Prozent vorhandene erhöhte Produktionskapazität. Das bestätigen uns auch die Zahlen über die von Jahr zu Jahr gestiegene

Textilfertigwarenausfuhr.

Sie betrug in RM.:

Table with 2 columns: Year (1913-1929) and Value in RM. (1 346 066 000 to 1 699 467 000)

Wertmäßig hat also — unter Zugrundelegung der Gegenwartspreise für das Jahr 1913 — die deutsche Textilfertigwarenausfuhr die Vorkriegsausfuhr erheblich überschritten. Die Zunahme beträgt im letzten Jahr, also von 1928 auf 1929, rund 60 Millionen RM. = 3,7 Proz., obwohl der Beschäftigungsgrad in der gleichen Zeit von 89,2 Prozent im Monatsdurchschnitt des Jahres 1928 auf 85 Prozent im Jahre 1929, also um 4,7 Prozent gesunken ist.

Auch die Bilanzergebnisse der Textilaktiengesellschaften geben keine erschöpfende Auskunft über die Rentabilität der deutschen Textilindustrie. Sicher ist, daß die verteilte Dividende von 7 Prozent im Vorjahr auf 4,7 Prozent gesunken ist. Tatsache ist aber auch, daß ein großer Teil der Rentabilitätsverminderung auf die erheblich gesteigerte Kapitalbeanspruchung infolge der vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen zu verbuchen ist. Tatsache ist weiter, daß ein Teil der erhöhten Reserven in gesteigerten Lagerbeständen zu finden sein wird, die dann ihre Auswirkung finden, wenn die Rohstoffpreise wieder ansteigen.

Eine Frage

nach:

„Ist auch seitens der Industrie alles geschehen, um die Depression von der deutschen Textilindustrie fernzuhalten oder sie nach Möglichkeit abzuschwächen?“

Sind alle gemachten Gewinne und Uberschüsse wieder zur Stützung der deutschen Textilindustrie verwendet worden?“

Ich glaube diese Frage mit nein beantworten zu müssen. Die Zeitschrift „Der Beamtenbund“ veröffentlichte am 27. Juni einen Artikel über die Kapitalflucht und ihre Bekämpfung, in dem es heißt: Die Banken schätzen den Umfang der Kapitalflucht auf etwa 8 Milliarden, Verwaltungsleute schätzen ihn auf etwa 10 Milliarden, man wird die letzte Ziffer unbedenklich für die richtige annehmen können, weil sie von keinerlei Zweckabsicht beeinflusst ist. Die deutsche Textilindustrie hat daran, wie die Transaktionen des größten deutschen Seidentrustes, der „vereinigten Seidenwebereien A.G.“ in Arefeld, beweisen, einen beträchtlichen Anteil.

Die Methoden und Formen der Kapitalabwanderung sind mannigfaltig. Auch die in letzter Zeit häufig beobachtete Abwanderung ganzer Betriebe und Unternehmungen gehört dazu. Die Betriebe ziehen durchaus nicht immer günstigeren Standorten nach, sie wollen zurzeit auch gar nicht im Ausland produzieren, sondern vielfach von dort aus nur deutsche Produkte versenden und verrechnen, um Kapital und Gewinnbildung dem steuerlichen Zugriff in Deutschland zu entziehen. Es ist eine Tatsache, daß die Zahl derartiger Stillbildungen im Ausland ständig mehr zunimmt und daß das Interesse dafür in der letzten Zeit erheblich gewachsen ist.

Die soziale Seite der Textilkrise

Für uns ist die soziale Seite der Textilwirtschaftskrise das Ausschlaggebende. Bei diesen Betrachtungen kommen wir nicht daran vorbei, festzustellen, daß die Beschäftigungslage seit dem Jahre 1927 im Monatsdurchschnitt von 95,4 v. H. bis zum Januar 1930 auf 82,2 v. H. gesunken ist. Es muß auch weiter festgestellt werden, daß dieser niedrigere Beschäftigungsgrad von 82 und 83 v. H. seit dem Monat Mai vorigen Jahres eine fast gleichbleibende Erscheinung ist. Das bedeutet für uns, daß seit Sommer 1929 rund 200 000 Textilarbeiter ohne Beschäftigung sind.

Die Tatsache, daß die Beschäftigungskurve seit Monat März vorigen Jahres in einer kaum unterbrochenen Linie verläuft, zwingt uns zu der Frage, ob für die jetzt noch außerhalb der Beschäftigung stehenden Menschen noch einmal Gelegenheit geboten sein wird, eine dauernde Beschäftigung in der Textilindustrie zu bekommen. Es ist besser, diese Frage offen zu beantworten, als bei den Arbeitslosen Hoffnungen zu wecken, die sich nach dem vorliegenden Tatsachenmaterial kaum erfüllen können. Wichtig ist dabei zunächst die gegenwärtig bestehende Arbeitszeit.

Eine Erhebung über die tatsächliche Arbeitszeit in der Textilindustrie.

die unser Verband in der Woche vom 2.—7. Juni durchgeführt hat, zeigt, daß in der Verteilung der Arbeitszeit in der Textilindustrie auf die einzelnen Wochentage ein fürchterliches Durcheinander herrscht. Die Erhebung zeigt ferner, daß in den noch arbeitenden Betrieben die Arbeitszeit an einzelnen Wochentagen weit über das normale Maß hinausgeht, und daß insgesamt gesehen, in den Betrieben die Arbeitszeit bis jetzt nur 10,5 Prozent gekürzt ist. Gewiß haben wir nicht die gesamten deutschen Textilbetriebe erfaßt. Früher aber gemachte Erfahrungen bestätigen uns immer, daß die von uns gemachten Feststellungen stets das genaue Spiegelbild der Gesamtlage waren.

Erfaßt wurden von uns 800 Betriebe, in denen rund 200 000 Beschäftigte vorhanden waren. Wir haben also zirka ein Fünftel der gesamten deutschen Textilbetriebe erfaßt.

Von diesen Betrieben arbeiteten in 1 Schicht 656 mit 138 916 Beschäftigten, in 2 Schichten 128 „ 54 272 „, in 3 „ 16 „ 6 441 „

Insgesamt 800 Betriebe mit 199 629 Beschäftigten. Die Wochenarbeitszeit war wie folgt verteilt:

Table showing working hours distribution: 24 Wochenstunden (22 Betriebe = 3,4%), 25-40 (191 = 29,0%), 41-48 (343 = 52,3%), über 48 (100 = 15,3%)

Einen noch besseren Uebersicht ergibt eine Betrachtung der täglichen Arbeitszeit:

Es arbeiten von 656 einschichtigen Betrieben

Table with 8 columns: Datum, überh. nicht, unter 8 Stunden, 8 Stunden, 8-8 1/2 Stunden, 8 1/2-9 Stunden, 9-9 1/2 Stunden, 9 1/2-10 Stunden, leb. v. Stunden. Rows for dates 2.6. to 7.6.

Man ersieht aus dieser Aufstellung, wie die tägliche Arbeitszeit auf die Tage in der Mitte der Woche zusammenge drängt wird. Noch deutlicher wird dieser Zustand, wenn man die Gesamtsumme der Arbeitsstunden aus 656 Betrieben berechnet und davon ausgeht, daß die achtstündige tägliche Arbeitszeit die Normalarbeitszeit sein soll. In 656 Betrieben wären also

die tägliche Normalarbeitszeit 5 248 Stunden die wöchentliche 31 488 „

Table showing actual working hours by day: am Montag, 2. Juni, 4763 Std. = durchschn. 7 Std. 20 Min., Dienstag, 3. „ 5589 „ = „ 8 „ 30 „, Mittwoch, 4. „ 5719 „ = „ 8 „ 45 „, Donnerstag, 5. „ 5441 „ = „ 8 „ 20 „, Freitag, 6. „ 4883 „ = „ 7 „ 25 „, Samstag, 7. „ 2081 „ = „ 3 „ 10 „

Insgesamt 28 484 Std. das sind 3004 „ oder 10,5% weniger.

Vorschläge für eine Verminderung der Arbeitslosigkeit

Ausmaß und Umfang der Arbeitslosigkeit und die komplizierten Verbindungen sowohl der einheimischen wie der Weltwirtschaft setzen voraus, daß zur Beseitigung der Wirtschaftskrise sehr viele krankhafte wirtschaftliche Einzelercheinungen wieder in Ordnung gebracht, bzw. zueinander in ein geordnetes, gesünderes Verhältnis gebracht werden. Wir können deshalb auch kein Radikalmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angeben.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit kann, um es vorweg zu sagen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit an sich nicht bringen. Wohl aber kann durch eine bessere Verteilung der Arbeit gleichmäßigere Beschäftigung der Produktionsbetriebe herbeigeführt werden. Es ist klar, daß ein Betrieb mit einer drei- und vier-tägigen Beschäftigung unproduktiver arbeitet, als ein solcher Betrieb, der fünf und sechs Tage beschäftigt ist. So entsteht die Frage, ob nicht die

Einführung der fünf-tägigen Arbeitswoche

zweckmäßig wäre. Der gegenwärtige Zustand, daß eine Reihe Betriebe 24 bis 30 Stunden wöchentlich arbeitet und andere Betriebe 48 bis 54, vielleicht sogar bis 60 Stunden, ist auf die Dauer weder für die minderarbeitenden Betriebe, noch für die darin beschäftigte Arbeiterschaft tragbar. Eine solche fünf-tägige Arbeitswoche müßte aber ebenso wie die heutige gesetzliche Arbeitszeit international zu regeln möglich sein. Da die Wirtschaftskrise eine Weltkrise ist, so wäre es eine dankbare Aufgabe für das Internationale Arbeitsamt, diese Regelung der Arbeitszeit unter dem Gesichtswinkel der heutigen wirtschaftlichen Erscheinungen zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang ist auch

das Kapitel Rationalisierung beachtlich.

Es ist nicht angängig, daß ein sogenannter Rationalisierungsbolschewismus sich über die vornehmsten Interessen der arbeitenden Menschen wie auch über eine vernünftige Wirtschaftsweise rücksichtslos hinwegsetzt. Eine falsche Rationalisierung, die mit für den Umfang der Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, muß unterbunden werden. Eine Beschäftigung vieler Arbeitslosen könnte auch erreicht werden durch die

Ausgestaltung der Doppelverdiener.

Diese Frage ist bereits mehrfach öffentlich erörtert worden. Man kann dabei selbstverständlich nicht soweit gehen, daß man alle verheirateten Frauen als Doppelverdiener bezeichnet. Es gibt davon eine ganze Reihe, die infolge familiärer Verhältnisse, sei es, daß der Ehemann tot oder erwerbsunfähig ist, sei es aus irgend einem anderen Grunde, gezwungen sind, Hauptnährer der Familie zu sein. Der Vorschlag, die Doppelverdiener auszuscheiden, will nur solche Fälle treffen, wo der männliche Familienvorstand voll erwerbstätig ist. Wenn wir diese Fälle zugrunde legen, können wir die Zahl der verheirateten weiblichen Arbeitnehmer nach meiner Schätzung etwa um weitere 50 Prozent ermäßigen, so daß rund eine Million Doppelverdiener ausgeschaltet werden kann.

Danach ist festgestellt, daß an den Wochentagen Dienstag, Mittwoch, Donnerstag die Arbeitszeit wesentlich über acht Stunden pro Tag liegt, während an den übrigen drei Tagen der Woche, also Montag, Freitag und Samstag, eine ziemlich große Arbeitsreserve besteht, die bei erhöhten Aufträgen erst ausgenutzt wird, ehe man an die Einstellung von Arbeitskräften denkt. Dazu kommt, daß tariflich die Arbeitszeitereserve noch viel größer ist. Ich denke dabei daran, daß ja die Tarifverträge eine Arbeitszeit bis 51 und 54 Stunden zulassen.

Aber nicht nur in einer ungerecht verteilten täglichen Arbeitszeit kommt die soziale Seite der Textilkrise zum Ausdruck. Sie bringt vielmehr durch die eingetretene Mehrbelastung der Arbeiterschaft, die durch die größere Arbeitsleistung bedingt ist, auch eine soziale hygienische Benachteiligung der Arbeiterschaft mit sich.

Die soziale Seite der Textilkrise wirkt sich so für die Arbeiterschaft außerordentlich ungünstig aus. Diese Auswirkungen zu mildern, muß unsere dringendste Aufgabe sein. Darüber hinaus sind es

zwei Fragen.

die in allernächster Zeit geklärt werden müssen:

- a) Wie erzielen wir eine gewisse Ordnung in der Arbeitszeit in den Textilbetrieben, die der Textilkrise entspricht;
b) was ist zu tun, um diejenigen vor Not und Elend zu schützen, die voraussichtlich nicht wieder in den Arbeitsprozess der Textilindustrie aufgenommen werden können.

Unser christlicher Textilarbeiterverband hat die Pflicht, an der Lösung dieser Fragen stärkstens mitzuarbeiten.

Lebhafter Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seine wertvollen und übersichtlichen Darlegungen.

Nach einer kurzen Pause referierte Johann Kollege Seeke über:

Ich bin mir klar darüber, daß man das nicht von heute auf morgen durchführen kann. Aber in einer nicht zu langen Spanne Zeit dürfte die Durchführung möglich sein. Es muß sowohl möglich sein, für etwaige qualifizierte Kräfte Ersatz zu schaffen, als auch dem verheirateten männlichen Familienvorstande ein Einkommen zu verschaffen, das er, ohne daß seine Ehefrau hauptberuflich erwerbstätig ist, seine Familie ernähren kann. Wir laufen sonst Gefahr, daß es allmählich als nichts Abnormes mehr angesehen wird, daß die Frau der Berufsarbeit nachgeht und der Mann gezwungen ist, sich die Küchenschürze anzulegen. Wir laufen Gefahr, daß die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen überhand nimmt auf Kosten der männlichen Erwerbstätigkeit. Wir können und wollen die Entwicklung des Wettbewerbes der Arbeitnehmerin keine Schranken setzen, aber wir müssen die Forderung erheben, daß dieser Wettbewerb nicht auf Kosten des Arbeitslohnes geschieht.

Ueber die

Einführung eines Arbeitsdienstjahres

ist bereits im Reichstag verhandelt und ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt worden. Ob man in späteren Zeiten darauf zurückkommen wird, ist fraglich, und wir wollen diese Frage hier nicht untersuchen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang einer Propaganda und Förderung eines freiwilligen Haushaltsdienstjahres für die weiblichen Arbeitnehmer das Wort reden.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß weibliche Arbeitnehmer für die Zeit, wo sie im Erwerbsleben stehen, durchweg schwerer belastet sind als die männlichen Arbeitnehmer. Sie haben einmal die Sorge für die Ausbildung in der Berufsarbeit, wenn sie im Erwerbsleben sich neben dem Mann behaupten wollen. Sie haben aber als unverheiratete Arbeitnehmer auch noch besonders die Sorge um die Ausbildung für den zukünftigen eigentlichen Hausfrauenberuf. Sie sollen diese letzte Sorge wenigstens haben, und sie sollte das Primäre sein, weil von der guten Ausbildung für diesen eigentlichen Beruf für sie persönlich, wie auch besonders für den ganzen Arbeitnehmerstand so sehr viel abhängt. Die Zahl der weiblichen Arbeitnehmer, welche sich verehelichen, ist doch der meistaus größte Teil, und da ist für sie die Tüchtigkeit im Hausfrauenberuf von der größten Wichtigkeit. Weil die weibliche Arbeitnehmerstätigkeit besonders erschwerend auf die Ausbildung im Hausfrauenberuf wirkt, so sollte man gerade eine solche Ausbildung stärkstens zu fördern und zu erleichtern suchen. Schon heute wird versucht, durch theoretischen und praktischen Unterricht in Haushaltungsschulen und Kurzen Kenntnisse für den Haushalt und die Haushaltsführung zu vermitteln. Dieser Unterricht kann aber kaum für eine gute Ausbildung genügen. Das hauswirtschaftliche Dienstjahr kann durch Unterricht, Kurse usw. nicht ersetzt werden. Es würde deshalb sehr wertvoll sein, wenn bei den unverheirateten Arbeitnehmerinnen das Haushaltsjahr — evtl. durch eine materielle Unterstützung aus Gemeinmitteln — wieder mehr geför-

dert, womöglich allgemein eingeführt werden könnte. Ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, die der Durchführung eines solchen Haushaltungsdiensjahres entgegenstehen. Wenn aber allgemein eine Dienstpflicht auch weniger diskutierbar und sogar im Reichstag abgelehnt worden ist, so dürfte für das Haushaltungsjahr der weiblichen Arbeitnehmer eine andere Beurteilung in Frage kommen.

Um eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu bringen, sollte die

**Heraufsetzung der Schulentlassung**

auf 15 Jahre und des Schulbesuchspflichtjahres auf sieben Jahre erwogen werden. Man könnte andererseits auch der Wirtschaft dadurch mehr Rechnung tragen, daß man den Lehrplan der Schulen so einstellt, daß das letzte Schuljahr mehr als bisher auf die Aufnahme der beruflichen Tätigkeit eingestellt wird. Wir würden durch die Schulentlassung mit 15 Jahren einen ganzen Jahrgang vom Arbeitsmarkt zurückhalten. Das würde gegenwärtig in Deutschland 600 000 Personen ausmachen und in den nächsten Jahren bis 1934 auf 1 200 000 steigen. Im ersten Jahre der Berufsarbeit ist der Ausfall der Arbeitskraft sowohl vom einzelnen wie auch von der Gesamtheit am leichtesten zu ertragen und muß ja auch durch den Zwang der Verhältnisse schon heute in zahlreichen Fällen ertragen werden.

Es kommt aber nicht darauf an, die Lasten aus dieser Wirtschaftskrise möglichst tragbar zu verteilen, sondern es kommt besonders darauf an, zusätzliche Arbeit zu schaffen.

Das letztere ist jedoch durch die vorhin genannten Möglichkeiten kaum zu erreichen.

Solche vermehrte Arbeitsmöglichkeiten sind besonders im Interesse der heranwachsenden Generation unbedingt erforderlich. Es ist wohl eine der schwierigsten Fragen, die für die Zukunft zu erheben ist:

**Ob und inwieweit kann der heranwachsenden Generation eine Existenz geschaffen werden?**

Die Industrie wird ohne weiteren, sehr starken Aufschwung kaum in der Lage sein, den Nachwuchs der Industriemenschen festhaft zu machen. Sie wird aber ganz bestimmt einen so großen Menschenüberschuß vom Lande nicht aufnehmen können, als das in den letzten 50 Jahren der Fall gewesen ist. Da aber das Land besonders der Jungbrunnen unseres Volkes ist, so muß mehr als bisher darauf gesehen werden, daß dem Nachwuchs der ländlichen Bevölkerung auf dem Lande eine Existenz verschafft wird. Es ist deshalb erfreulich, daß in neuerer Zeit die Siedlung auf dem Lande mehr gefördert wird. Hier stehen uns noch weitere Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und somit zur Festhaftmachung neuer Existenzen offen. In Deutschland gibt es noch 8,7 Millionen Hektar kulturfähigen Boden. Außerdem sind Ostpreußen, die Grenzmark, Posen, Westpreußen, die Provinzen Pommern, Brandenburg und andere derart dünn besiedelt, daß dort in der Landwirtschaft zahllose neue Existenzen noch geschaffen werden können.

Es gehört allerdings zur landwirtschaftlichen Siedlung, zur Schaffung von neuen Bauernstellen eine Voraussetzung, und das ist die Rentabilität einer solchen Bauernstelle. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Menschen sich nicht zu einer Arbeit drängen, welche sich nicht lohnt, zumal die Arbeit in der Landwirtschaft mit als die schwerste körperliche Arbeit bezeichnet werden muß. Wir Industriearbeiter sehen heute ganz klar, daß berechnete Interessen anderer Wirtschaftsgruppen auch von uns nicht übersehen werden dürfen. Die Krise in der Landwirtschaft ist ein Grund mit für die Stagnation in der Industrie. Die Hebung der Rentabilität der Landwirtschaft liegt deshalb im allgemeinen Interesse, weil gerade dadurch die größten Möglichkeiten für Schaffung neuer Existenzen gegeben werden. Wir fordern deshalb Maßnahmen, die eine stärkere Besiedlung der dünn bevölkerten landwirtschaftlichen Gegenden garantieren.

Über zugleich kann und muß auch in der Landwirtschaft überhaupt die Erzeugung noch gesteigert werden. Wir müssen uns die Einfuhr solcher Lebensmittel, die wir selbst erzeugen können, unbedingt ersparen. Es müßte bei planmäßiger Einstellung der Landwirtschaft möglich sein, diese Produkte selbst herzustellen. Wenn das geschieht und dadurch die landwirtschaftliche Produktion um einige Milliarden Reichsmark gesteigert werden kann, so ist es möglich, einmal an Einfuhr zu sparen und weiter, zu den heute von landwirtschaftlicher Tätigkeit lebenden Menschen von rund 15 Millionen noch 1 bis 1½ Millionen Menschen mehr zu beschäftigen.

Die dringendste Aufgabe unserer Zeit ist die Beschaffung von Arbeit.

In letzter Zeit ist sehr viel von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm gesprochen worden. Die heutige Reichsregierung bezw. das Reichsarbeitsministerium hat es sich zur besonderen Aufgabe gestellt, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht nur zu besprechen, sondern auch zu verwirklichen. Arbeitsgelegenheit ist wohl in Deutschland vorhanden. Wir erwähnten die Siedlungsmöglichkeit und Kultivierung des deutschen Bodens. Wir sehen die Wohnungsnot, sehen die Möglichkeit der Schaffung neuer Verkehrswege, des Straßenbaues, des Kanalbaues, des Bahnbauens. Solche Arbeiten geben allen Industrien wiederum Beschäftigung. Es fehlt uns leider nur an Kapital, diese Arbeitsmöglichkeiten auszunutzen bzw. auszuwerten. Unsere Finanzpolitik in den letzten Jahren ist außerordentlich

# An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften

Die Auflösung des Reichstages trifft das deutsche Volk in schwerster wirtschaftlicher und sozialer Not. Die Auflösung erfolgte, weil eine Mehrheit der Volksvertretung sich den Erfordernissen der Stunde verweigerte. Die Schuld trifft vor allem die Sozialdemokratie, die sich mit volks- und staatszerstörenden, den sozialen Volksstaat demütig bekämpfenden Elementen im Widerstand gegen die Regierung zusammenschloß.

Es ging darum, die materiellen Grundlagen der staatlichen Ordnung zu schaffen und zu sichern. Reich, Länder und Gemeinden sind in Not. Sie können die dringlichsten sozialen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Eine falsche Politik der Vergangenheit, die nicht zuletzt von der Sozialdemokratie gestützt wurde, hat die Verwaltungslasten gewaltig anschwellen lassen. Sie verstärkte die Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit wuchs ins Unermeßliche.

**Die Ordnung der Reichsfinanzen ist erste Voraussetzung für die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, für die Sozialpolitik der Zukunft.**

Sozialer Fortschritt ist unmöglich, wenn die Grundlagen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens wanken. Ihre Befundung erfordert Opfer von allen. Das ist auch der Arbeiterschaft bewußt. Dabei machen die christlichen Gewerkschaften keinen Hehl daraus, daß ihnen nicht alle Maßnahmen der Reichsregierung gefallen. Sie sehen aber auch hier Schuldpunkte der Sozialdemokratie. Ihr Verlagen vergrößerte den Einfluß sozialistisch-kritischer Kreise auf den Ablauf der politischen Geschehnisse.

Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Boden einer verpflichtenden Demokratie. Sie haben kein Verständnis für eine Politik, die sich in Agitation und parteipolitischen Interessen erschöpft. In einer solchen Entartung der Demokratie sehen sie die größte Gefährdung des Volksstaates.

Die Mehrheit des Reichstages hat ihre Pflicht gegenüber Volk und Demokratie nicht erfüllt. Das gilt vor allem von der Sozialdemokratie als der stärksten Gruppe dieser Mehrheit. Die Sozialdemokratie stellte sich im Reiche mit antidemokratischen Gruppen gegen die Ordnung. Und das zu einer Zeit, in der sie mit den Parteien, die sie im Reiche bekämpft, in wichtigen Ländern des Reiches das staatliche Leben beherrscht. In den Län-

dern sichert sie sich parlamentarische Machtpositionen durch ihre Beamten- und Personalpolitik. Im Reiche aber versagt sie sich der unangenehmen Aufgabe der Sanierung der Finanzen aus Furcht vor parteipolitischer Belastung.

Die christlichen Gewerkschaften wissen, daß auch eine vom höchsten Verantwortungswillen getragene Volksvertretung die Not unseres Volkes nicht ganz beheben kann. Denn diese Not ist mit ein Ausfluß der gefamten politischen und wirtschaftlichen Weltlage. Aber die Not wird gemildert, wenn das deutsche Volk am 14. September einen pflichtbewußteren, wahrhaft demokratischen Reichstag wählt. Einen Reichstag, der

1. Mehrheitsbildungen ermöglicht, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und grundsätzlich positiv handeln,
2. Maßnahmen zur dauernden Sanierung der Reichsfinanzen trifft,
3. energisch die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung durchführt,
4. die Grundlagen des sozialen Fortschrittes über die Zeit der Not hinaus sichert,
5. die deutsche Sozialversicherung und den arbeitsrechtlichen Schutz der Arbeitnehmer festigt,
6. die Stärkung des Innenmarktes und der Kaufkraft der breiten Volksschichten durch Preisabbau mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fördert.

Ein solcher Reichstag ist nach unserer Auffassung auch die beste Gewähr für eine aufrechte und kraftvolle Außenpolitik.

**Christliche Gewerkschaftler! Staatsordnung, Wirtschaft und sozialer Fortschritt bilden eine untrennbare Einheit. Laßt Euch in dem bevorstehenden Wahlkampf nicht durch Schlagworte beirren! Denkt daran, daß jeder soziale und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiterschaft aufhört, wenn das Reich an einer Politik der Verantwortunglosigkeit zerbricht. Bleibt Eurer staatspolitischen Haltung auch in diesem Wahlkampf und am 14. September treu. Rettet den wahren demokratischen Gedanken, sichert den Sieg der Vernunft!**

Duisburg, den 26. Juli 1930.

**Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**

schlecht beraten gewesen, so daß wir um die Jahreswende 1928/29 vor einem vollkommenen Ruin unserer Finanzwirtschaft standen. Aus Mangel an Kapital hat in den letzten Jahren die öffentliche Hand ihre Aufträge der Wirtschaft vorenthalten müssen. Zur Belebung der Wirtschaftslage ist deshalb Vorbedingung, daß die Ordnung unserer Finanzen erfolgen muß.

Das ist der Fehler in der Politik der letzten Jahre, daß sie Soll und Haben nicht in Einklang miteinander gebracht hat. Man hat mehr ausgegeben, als man eingenommen hat, und deshalb ist jetzt für Ausgaben lebenswichtiger, produktiver, arbeitsschaffender Projekte kein Kapital vorhanden. Neuerdings noch weigerte sich das Parlament, die Mittel für die Ordnung der Reichsfinanzen zu bewilligen, um so zur notwendigen Belebung der Wirtschaft, zur Hebung der dringlichsten Notlage zu kommen, um dann eine allgen- in umfassende Finanz- und Verwaltungsreform in Angriff nehmen zu können, und nunmehr ist diesem Parlament Recht geschehen, daß es nach Hause geschickt wurde. Wir erheben die Forderung und haben die Hoffnung, daß die Regierung dennoch die Mittel für ein gutes Arbeitsbeschaffungsprogramm bereitstellt.

Wir fordern vor allem die Durchführung eines Wohnungsbauprogramms. Wir müssen hier besonders herausstellen, daß eine

**Verbilligung der Arbeiterwohnungen**

erreicht werden muß, indem Hauszinssteuermittel mehr als bisher nur für Arbeiterwohnungen hergegeben werden. Es ist zu begrüßen, daß sowohl der Reichsarbeitsminister wie auch der Preussische Wohlfahrtsminister diese Gesichtspunkte stärkstens in den Vordergrund stellten. Ferner muß verlangt werden, daß ein größerer Teil des Aufkommens der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeführt und bei den Landesregierungen zentralisiert wird. Die Landesregierungen müssen gehalten sein, die Gelder nicht mehr nach dem Aufkommen, sondern nach dem Bedarf zu verteilen.

Verbilligung der Wohnungen muß auch angestrebt werden durch Senkung des Hypothekenzinsfußes. Ueber Verbilligung des Wohnungsbaues auf Grund einer Senkung der Bauarbeiterlöhne um 5 Prozent, oder eine Senkung des Hypothekenzinsfußes um 20 Prozent stellte sich heraus, daß eine Lohnsenkung um 5 Prozent eine Verbilligung der Wohnungsmiete von pro Monat 1,25 RM. haben muß. Eine Verminderung um 2 Prozent würde eine Verbilligung der Monatsmiete um 12,50 RM. zur Folge haben. Ebenso muß eine Senkung der Baustoffpreise mit allem Nachdruck gefordert werden.

Die Arbeiterfiedlung sollte noch mehr als bisher Siedlung und nicht nur Wohnung sein. In seiner Mietwohnung wird der Arbeiter meistens nicht so

feines Lebens froh, als in einem Eigenheim. Ein Eigenheim mit Wohnküche und Schlafraum mit Zubehör ist nicht das Heim des Arbeiters und der Arbeiterfamilie. Es ist verständlich, daß in der Notzeit an allem gespart werden muß, und doch muß die Arbeiterfiedlung aus ausreichendem Eigenheim mit Garten bestehen. Die Familie muß sich ihr Gemüse selbst bauen, muß auch Obst und Beeren selbst ziehen können. Die Hausfrau muß Sinn und Verständnis für Gartenarbeit haben. Der eigene Herd und seine Umgebung, Form und Umfang des Heimes sind mit ausschlaggebend für das Glück der Familie. Ob wir nicht auch mehr als bisher die Frage untersuchen müssen, was unsere heranwachsende Jugend von sich aus zur Erlangung eines Eigenheimes tun kann?

Neben dem Wohnungsprogramm ist ein wichtiges Projekt der Ausbau und

**die Instandhaltung des deutschen Straßennetzes.**

Das deutsche Straßennetz bedarf eines weitgehenden Umbaus, um den Anforderungen, die durch die zunehmende Automobilisierung an dasselbe gestellt werden, zu entsprechen. Wenn der Umbau auch in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat, so läßt das Tempo doch viel zu wünschen übrig. Dieses Tempo zu beschleunigen, ist eine produktive Aufgabe. Ziel dabei muß sein: Umbau des deutschen Landstraßennetzes nach einem einheitlichen Plan und die Zentralisierung der Wegeverwaltung. Es ist die Aufgabe der deutschen Regierung, mit den maßgebenden Instanzen die Schwierigkeiten zu überwinden und dieses großzügige Arbeitsprogramm dem Arbeitsmarkt möglichst bald dienstbar zu machen.

Von Bedeutung ist für unsere Industrie, wie und wann das Reich seine Aufträge in Arbeit gibt. Reichswehr, Reichsbahn und Reichspost haben einen erheblichen Bedarf an Textilien.

Die Reichswehr hat einen normalen Jahresbedarf an: Wolllstoffe 353 000 Meter, Baumwollstoffe 1 102 000 Meter, Leinenstoffe 20 900 Meter, fertige Stücke, Unterhosen, Hemden 1 110 100 Stück.

Die Reichsmarine: 700 000 Meter Tuch, 164 000 Meter Baumwollstoffe, 55 000 fertige Stücke.

Die Reichsbahn: 1 000 000 Meter Oberstoffe, 700 000 Meter Futterstoffe.

Angeichts der erschwerten Lagerhaltung beim Großhandel und beim Hersteller ist zu fordern, daß die genannten Reichsinstanzen ihre Aufträge und ihren Bedarf evtl. für mehrere Jahre in solchen Krisenzeiten eindecken. Dadurch würde die Industrie in die Lage versetzt, in guter Konjunktur einer gesteigerten Nachfrage eher gerecht zu werden.

Je mehr man sich in die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Inangriffnahme solcher Arbeiten versteht, desto unbegreiflicher ist

die Haltung der Parlamentsmehrheit, die diese Arbeitsbeschaffungspolitik gefährdet hat. Wir müssen deshalb verlangen, daß die Reichsregierung auf Grund ihrer Vollmacht doch in vollem Umfange diese dringlichen Forderungen durchführt.

Die Senkung der Preise.

Die Rohstoffe sind allgemein nicht unerheblich gefallen. Die Großhandelspreise sinken ebenfalls seit einigen Monaten. Aber leider sind von dieser Preisbewegung die Lebenshaltungskosten bisher kaum berührt worden.

Wenn aber ein vermehrter Güterumsatz erzielt werden soll, so ist es Voraussetzung, daß die Preissenkung bis zum Ende durchgeführt werden muß.

Die Tatsache, daß den gesunkenen Preisen in der Produktionsbasis die Detailpreise nur ganz ungenügend gefolgt sind, zeigt, daß die Preissenkung wiederum einmal in der Handelskette des Verteilungsapparates stecken bleibt.

Ein gegebener Ausweg aus der Krise ist die Steigerung des Gesamtumsatzes, die Erhöhung des Blutkreislaufes der Wirtschaft sein muß. Diese Steigerung kann aber nur kommen durch Senkung der Detailpreise und damit durch Erhöhung der gedrückten Kaufkraft, die ja letzten Endes besonders den Produktionslauf hemmt.

Zur Stunde ist leider die Lohnsenkung der Preissenkung voraus, und es wirken auf ihr ganz allgemein auch viel stärkere Kräfte mit als auf die Senkung der Preise.

Entschliessungen des Verbandstages

Entschliessung zum Arbeitslosenproblem in der Textilindustrie

Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat in eingehenden Beratungen zur Frage der Arbeitslosigkeit in der deutschen Textilindustrie Stellung genommen. Hauptursachen der Arbeitslosigkeit sind die welt- und innenwirtschaftlichen Strukturwandlungen in Verbindung mit der konjunkturellen Entwicklung, die staatliche Neugliederung Europas, die Industrialisierung der überseeischen Rohstoff- und Absatzgebiete, eine stark übertriebene Rationalisierung und Produktionssteigerung der Textilindustrie, das fortgesetzte Abgleiten der Rohstoffpreise, eine falsche Kapitalpolitik und endlich der gesunkene Inlandsverbrauch an Textilien, hervorgerufen durch die verminderte Massenkauferkraft der Bevölkerung.

Steigerung der Kaufkraft für die breiten Verbraucherschichten durch Senkung der Lebenshaltungskosten, insbesondere durch:

- Bereinsparung und Vereinfachung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden;
allgemeine Senkung der Zinsätze und Bankprovisionen sowie der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen;
Verringerung der Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis durch Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher und Beseitigung zu hoher Aufschläge des Handels;
energische Handhabung der Kartellverordnungen mit dem Ziele einer wesentlichen Senkung der überhöhten kartellgebundenen und Monopolpreise.

Unwirtschaftliche Rationalisierung ist zu vermeiden. Dabei ist ausreichender Schutz der Arbeitskraft zu sichern. Betriebsstilllegungen sind abhängig zu machen von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, für die dem Antragsteller die Beweispflicht obliegt.

Der fortschreitenden Rationalisierung und Produktionsentwicklung ist die Arbeitszeit durch Inter-

vernichtung der Produktionsbasis. Was ist nun zu tun? Wir müssen überall verkräftet die Forderung erheben, daß die Preisbildung kontrolliert und gelockert und die Preise wesentlich herabgesetzt werden.

Endlich scheint heute besonders die Mahnung am Platze zu sein:

Kauft deutsche Ware, tragt deutsche Stoffe, verwendet deutsche Baustoffe!

Nur ein Beispiel: Bei der unzureichenden Beschäftigung in unserer heimischen Tuchindustrie sehen wir eine erhöhte Einfuhr an ausländischen Stoffen. In den ersten fünf Monaten d. J. führte das Ausland 14 143 Doppelzentner ein. Das sind 118 Prozent gegenüber der Einfuhr in der gleichen Zeit des Jahres 1913.

Wenn man von ganz wenigen Sorten absteht, werden in Deutschland gleichwertige Stoffe hergestellt. Der hohe Verbrauch an englischen Stoffen ist auf das noch in weiten Kreisen herrschende Vorurteil gegen die ebenso gute deutsche Ware zurückzuführen.

Jeder Deutsche sei sich deshalb seiner nationalen Pflicht bewußt und trage zur Verminderung der überflüssigen Einfuhr ausländischer Produkte bei!

Wieder dankte die Versammlung mit lebhaftem Beifall dem Redner. Die anschließende Aussprache ergänzte und erweiterte die beiden Referate in wertvoller Weise. Eingehende Erörterung fanden die Fragen der Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung, der hauswirtschaftlichen Ausbildung und evtl. Schulpflichtverlegung und der Preisbildung.

Die Forderungen der Delegierten fanden ihren Niederschlag in folgenden

nationale Regelung anzupassen, wobei für die Textilindustrie die 5-Tagewoche anzustreben ist.

Bei Durchführung notwendiger Entlassungen sind die Haupternährer der Familien weitgehend zu schützen.

Durch Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente auf das 60. Lebensjahr und durch entsprechende Rentenbezüge ist den aus dem Arbeitsprozeß ausscheidenden älteren Arbeitern eine ausreichende Existenz zu sichern.

Ermügendwert ist die Heraushebung des schulpflichtigen Alters um ein Jahr.

Regierungen und gesetzgebende Körperschaften in Reich wie in den Einzelstaaten haben der Frage der Arbeitsbeschaffung ihre stete Sorge zu widmen und die notwendigen Mittel zu beschaffen.

Alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Steigerung der Ausfuhr, insbesondere an hochwertigen Fertigwaren, sind durch Abschluß günstiger Handelsverträge und durch großzügigen Außenhandelsdienst zu unterstützen.

Entschliessung zur Frage der Berufsausbildung

Die Verbandsgeneralversammlung fordert erneut eine systematische, praktische und theoretische Berufsausbildung der Textilarbeiterjugend in Betrieb, Berufs- und Fachschule. Sie sieht in einer solchen Ausbildung nicht nur ein bedeutungsvolles Mittel zur Förderung der beruflichen Erziehung, sondern auch des Berufsinteresses und der Berufsfreude.

Die Verbandsgeneralversammlung begrüßt die in einzelnen Betrieben und Branchen der Textilindustrie einsetzenden Bestrebungen, neue Grundlagen für die Berufsausbildung der Textilarbeiterjugend zu schaffen.

deren Organisationen werden. Darum sind auch alle Bestrebungen, die Berufsausbildung zu einer einseitigen, dem Arbeiterstandesgedanken abträglichen Beeinflussung der in der Ausbildung befindlichen Jugend zu benutzen, entschieden zu verwerfen.

Ferner fordert die Verbandsgeneralversammlung die baldige Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes, das auch die an- und ungelernen Arbeiter umfaßt.

Endlich fordert die Verbandsgeneralversammlung, daß durch eine reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens der obligatorische Berufsschulbesuch für die männliche und weibliche Jugend allgemein gesichert und die Berufsschule selbst in verstärktem Maße der beruflichen Erziehung der Jugend durch sachlich vorgebildetes Lehrpersonal dienstbar gemacht wird.

Entschliessung zum Betriebsrätegesetz

Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands wiederholt und ergänzt folgende Forderungen des Betriebsrtetagess vom 21. und 22. Juli 1928 in Frankfurt a. M.:

Entlassungen, die trotz Verstoßes gegen § 74 WRG. erfolgen, sind nichtig.

Das Recht des Einspruchs gegen eine Kündigung muß grundsätzlich auch bei Betriebsstilllegungen bestehen, es sei denn, daß der Betriebsrat der Betriebsstilllegung zugestimmt hat und der Arbeitgeber vor Gericht den Nachweis erbringt, daß die Betriebsstilllegung eine unabwendbare Notwendigkeit darstellt.

Die Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsvertreters muß auch dann erforderlich sein, wenn der Arbeitgeber an sich zur außerordentlichen Kündigung des Betriebsvertreters berechtigt ist, der Kündigungsgrund aber von dem Betriebsvertreter nicht schuldhaft herbeigeführt worden ist.

Ist der Betriebsvertreter gewerblicher Arbeiter, so kommen für seine außerordentliche Kündigung nur die in § 123 Z. 1-7 der Gewerbeordnung genannten Gründe in Frage.

Die §§ 18 und 58 WRG. sind so zu ändern, daß die Amtsdauer der Betriebsvertreter auf zwei Jahre verlängert wird.

Entschliessung zur Lohnfrage und zum Tarifwesen

Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter sieht in den von den verschiedensten Seiten geforderten Lohnsenkungen kein Mittel zur Belebung der deutschen Wirtschaft. Sie ist der Ansicht, daß jede Lohnkürzung die geringe Kaufkraft der Arbeiterschaft weiter schwächt, wodurch der Konsum noch mehr verringert wird.

Der Verband erstrebt eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Abschluß von Tarifverträgen, deren Unabdingbarkeit auch für die Zukunft sichergestellt werden muß.

Entschliessung zum Schlichtungswesen

Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter bekennt sich erneut zum staatlichen Schlichtungswesen. Sie gibt jedoch der freien und verantwortungsvollen Verständigung zwischen den Tarifparteien und der freiwilligen Schiedsgerichtsbarkeit den Vorrang.

Die Generalversammlung wendet sich deshalb gegen alle Bestrebungen auf Abbau des staatlichen Schlichtungswesens. Sie fordert vielmehr dessen weitere Festigung und weiteren Ausbau.

Ferner fordert die Generalversammlung, daß zur Vermeidung zweckloser Wirtschaftskämpfe bei Anfechtung von Tarifverträgen und verbindlich erklärten Schiedssprüchen, diese von den Parteien bis zur Erledigung des Rechtsstreits als rechtswirksam zu befolgen sind.

# Neuwahl von Hauptvorstand und Verbandsauschuß

Die bisherige Bezeichnung Zentralvorstand ist in Hauptvorstand umgewandelt worden. Sämtliche Mitglieder des Hauptvorstandes und des Verbandsauschusses wurden neugewählt. Nachstehend seien zunächst die Mitglieder des ersteren angeführt:

### Hauptvorstand

1. Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7.
2. Franz Fischer, " " "
3. Johann Müller, " " "
4. Johann Böing, " " "
5. Fritz Melcher, " " "
6. Paul Dünnleder, " " "
7. Otto Maier, " " "
8. Bernhard Otte, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.
9. Ewald Weber, M. Gladbach, Lessingstr. 11a.
10. August Seeke, Münster, Viktoriastr. 7.
11. Adolf Lenfing, Hannover, Steintorfeldstr. 2.
12. Heinrich Pöcker, Dresden N. 6, Hauptstr. 38/I.
13. Gustav Jungnickel, Liegnitz, Martinstr. 32.
14. Peter Geier, Augsburg, Peutingenstr. D. 95.
15. Ernst Rümmele, Freiburg/Breisgau, Emil-Göttstr. 19.
16. Anna Kappels, Krefeld, Weststr. 35.
17. Alma Lindenbeck, Haan, Nordstr. 34.
18. Albert Verboom, Ochtrup, Hellstiege 268.

Im Anschluß an die Verbandsgeneralversammlung konstituierte sich auch den Verbandsräten entsprechend aus dem Hauptvorstand heraus der „Geschäftsführende Vorstand“. Ihm gehören die unter Ziffer 1-7 und unter 9 und 10 genannten Hauptvorstandsmitglieder an.

### Der Verbandsauschuß

setzt sich nach der Neuwahl aus folgenden Kolleginnen und Kollegen zusammen:

1. Theodor Nießen, Lobberich, Drlicherstr. 73.
2. Carl Dörpinghaus, M. Gladbach, Lessingstr. 11a.
3. Heinrich Pollee, Rheine, Poststr. 18.
4. Josefa Rillmann, Greven, Marienstr. 10.
5. Magnus Will, Pilgerzell, Fulda-Land.
6. Gustav Noack, Großschönau, Waltersdorferstr. 345.
7. Anton Belda, Neustadt, Töpferstr. 13.
8. Johann Rothert, Augsburg, Peutingenstr. D. 95.
9. Geroasius Meier, Heidenheim/Würtbg., Meboldstr. 33.

Zum provisorischen Vorsitzenden des Verbandsauschusses wurde der Kollege Nießen, Lobberich, bestimmt. Die endgültige Wahl erfolgt bei der ersten Zusammenkunft des Ausschusses.

# Englands Baumwoll-Industrie in der Krise

Die weltwirtschaftlichen Einwirkungen, die die Entwicklung und Lage der englischen Baumwollindustrie in den vergangenen Jahrzehnten beeinflussten, waren grundsätzlich gleicher Art, wie sie auch die Entwicklung und Lage der deutschen Baumwollindustrie im wesentlichen betreffen haben. Der weltwirtschaftliche Strukturwandel der Textilindustrie, das Aufkommen neuer überseeischer Textilindustrien, Ueberkapazität und internationaler Preisrückgang kennzeichnen diese Einflüsse im wesentlichen.

Während jedoch die deutsche Baumwollindustrie, dank ihrer Vielgestaltigkeit, Beweglichkeit und umfangreicher vertikaler Produktionsverbundenheit (Spinnereien, Webereianlagen usw.) verhältnismäßig günstige Vorbedingungen besitzt, diesen Einflüssen durch erhöhte Einstellung auf Spezial-, Qualitäts- und Modewaren zu begegnen, befindet sich die englische Baumwollindustrie in einer Defensivstellung, die unverhältnismäßig schwächer ist. Traditionell auf die Erzeugung von Stapelwaren und minderwertigen Durchschnittserzeugnissen eingestellt, besitzt die englische Baumwollindustrie nicht die Voraussetzungen einer solchen erfolgversprechenden Umstellung; organisatorisch wie technisch fehlen ihr dafür die notwendigsten Vorbedingungen. So ist der englischen Baumwollindustrie nur eine Möglichkeit gegeben, der internationalen Konkurrenz zu begegnen: unter Einsatz größter technischer und organisatorischer Anstrengungen den Kampf aufzunehmen.

Die Tatsache, daß es mit mehr als 55 Millionen Baumwollspindeln und über drei Viertel Millionen Webstühlen ein Drittel der Weltbaumwollindustrie überhaupt besitzt, zeigt, um was es dabei für England geht. So ist das allgemeine starke Interesse, das die Öffentlichkeit in ganz England diesen Existenzfragen der englischen Baumwollindustrie zuwendet, wohl verständlich. Hat doch die Krise in der englischen Baumwollindustrie einen Umfang angenommen, daß bereits seit Monaten ein Viertel aller Spindeln und Webstühle stillliegen und die restlichen drei Viertel nur noch zu etwa 70 Prozent ausgenutzt werden.

Allgemein ist dabei die Erkenntnis klar, daß die Ueberwindung dieses Zustandes und die Zurückdrängung der überseeischen Konkurrenz, besonders auf den östlichen Märkten, nur erreichbar ist durch eine erhebliche Verbesserung der technischen und technisch-organisatorischen Produktionsbedingungen einerseits und durch eine stärkere Verbindung der Erzeuger-, Verarbeiter- und Veredler- bzw. Händlerinteressen zum anderen.

Ohne Frage besitzt dabei die englische Baumwollindustrie gegenüber ihrer überseeischen östlichen Konkurrenz (insbesondere China und Japan), trotz des Lohndrückings, dieselben Vorteile, die z. B. in der Erziehung eines Generationen alten traditionellen Arbeiterstammes, in der Schaffung eines ausgedehnten internationalen Handelsnetzes und in einem alten Weltruf seiner Erzeugnisse vorzuziehen. So läßt die völlig selbstherrliche und auto-kreative Abschließung der einzelnen Werke jede Verbindung von Erzeuger-, Verarbeiter- und Händlerinteressen völlig vermissen, ein Zustand, unter dem die englische Baumwollindustrie angesichts ihrer Exportorientierung ganz besonders leidet.

Bei der Ablehnung jedes Verbandszwanges durch die englischen Textilindustriellen wird deshalb der Weg zur erforderlichen Vereinheitlichung und Verbindung der Industrie zwangsläufig über eine mehr oder minder zwangsmäßige Vertrustung führen. Dafür spricht auch die Notwendigkeit der Industrie, die erforderliche technische Rationalisierung — die bisher stark vernachlässigt wurde — zu finanzieren. Der für diesen doppelten Zweck in Verbindung mit der Bank of England ins Leben gerufenen „Lancashire Cotton Corporation“, in der bereits fünf Millionen Spindeln vereinigt sind, werden ohne Zweifel — nachdem die Bank of England weitere Gelder in Aussicht gestellt hat — weitere Zusammenschlüsse folgen und damit die erforderliche Vereinigung der englischen Baumwoll-

industrie fortgeführt werden. Der Bericht des amtlichen Enqueteauschusses betont mit Recht die Notwendigkeit, durch äußerste Konzentration — gegebenenfalls auch gegen den Willen der Textilindustriellen — die englische Baumwollindustrie zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise in den Stand zu setzen.

## Englands Weltreich



### Englands Weltreich.

Das englische Weltreich ist das größte Reich der Erde. Es umfaßt mit seinen 35,8 Millionen Quadratkilometern nahezu ein Viertel des Flächenraums aller Festländer, ist mehr als dreimal so groß wie Europa und zweimal so groß wie Südamerika. Nur 1 Proz. dieses Weltreiches liegt in Europa, 32 Proz. liegen in Amerika, 27 Proz. in Afrika, 24 Proz. in Australien und 16 Proz. in Asien. In diesem Reich leben 450 Millionen Menschen, also der vierte Teil der gesamten Erdbevölkerung und zehnmal so viel wie die Bevölkerung des Mutterlandes.

## Vom Arbeitsgericht

Auch Schwerbeschädigte haben, falls sie Mitglied einer tarifbeteiligten Gewerkschaft sind, Anspruch auf vollen Tariflohn. Eine Minderentlohnung kann nur eintreten, wenn der Tarifvertrag dieses ausdrücklich zuläßt. Diese Rechtslage ist, wie folgender Fall zeigt, noch nicht überall bekannt.

Eine Fuldaer Textilfirma hatte einem erst unorganisierten Schwerbeschädigten seit seiner Einstellung 14 Pf. weniger an Stundenlohn ausbezahlt, als der tarifliche Lohn beträgt. Der Schwerbeschädigte trat im Laufe dieses Frühjahres dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter als Mitglied bei. Damit erwarb er sich den Anspruch auf den tariflich festgelegten Mindestlohn. Die betreffende Firma weigerte sich jedoch, den tariflichen Lohnsatz ausbezahlen. Daher mußte das Arbeitsgericht angerufen werden. Dasselbe verurteilte am 17. Juli d. J. die Firma zur Nachzahlung der ganzen Lohndifferenz von dem Tage ab, an dem der Schwerbeschädigte Gewerkschaftsmitglied wurde.

Da der Tarifvertrag für die Textilindustrie von Fulda und Umgegend (einschließlich Oberhessen und Nassau) nicht allgemeinverbindlich ist, haben nur Gewerkschaftsmitglieder Anspruch auf die tariflich festgelegten Rechte und Lohnsätze. Folglich bestand auch in obigem Falle für die Zeit vor Eintritt in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter kein Rechtsanspruch auf Bezahlung des Tariflohnes. Immerhin betrug die Nachzahlung auf Grund des obigen Urteiles noch nahezu 100.— RM. Eine Kenntnis der Rechtslage hätte beide Teile, sowohl den Arbeitgeber als auch den Arbeiter, vor Schanden und Aerger bewahrt.

## Kräftige Selbsthilfe

In Zeiten wirtschaftlicher Depression ergeben sich mehr denn je ernsthafteste Ueberlegungen nach kräftiger Selbsthilfe. Der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, gerichtet auf Verbesserung und Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse, sind Schranken gesetzt. Vielmehr bleibt jetzt die Tätigkeit darauf beschränkt, Bestehendes zu erhalten, Verschlechterungen abzuwehren. Der in Zeiten guter Geschäftslage geschaffene Schutz, tariflicher, gesetzlicher oder sonstiger Art muß jetzt recht voll und ganz ausgewertet werden. Wenn trotz schlechtester Wirtschaftslage die Arbeiterschaft davor bewahrt bleibt, Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse hinnehmen zu müssen, so ist das doch greifbarer Beweis von kräftiger Selbsthilfe. In der vor-gewerkschaftlichen, in der vortariflichen Zeit waren wesentliche Verschlechterungen die erste fühlbare Auswirkung der Wirtschaftskrisis. Nicht genug kann daher getan werden, allen Arbeitnehmern die große Bedeutung kräftiger Selbsthilfe überzeugend vor Augen zu führen.

Wir sehen bei den anderen Ständen, wie ganz besonders auch in den Zeiten ihrer Notlage mit umso größerer Rührigkeit Anstrengungen gemacht werden für Verbesserung der Verhältnisse. Seit Jahren hören wir von der Notlage der Landwirtschaft. Nicht nur beschränkt man sich auf kräftige Selbsthilfe, sondern auch die Staatshilfe wird stärkstens in Anspruch genommen und, selbst auf Kosten anderer, von ihr weitestgehende Hilfe verlangt. Aus dem Mittelstande sind es die verschiedensten Gruppen, Handwerker, Hauseigentümer, Händler, Beamten, die immer wieder ihre Notrufe vernehmen lassen, und alle Mittel der Selbsthilfe anwenden. Und wer kennt nicht die Notlage „der Wirtschaft“, wie sie insbesondere von führenden Kreisen der Wirtschaft meistens grau in grau an die Wand gemalt wird?

Die Arbeiterschaft kann eigentlich hier noch recht viel lernen. Sie kann sehen, wie auch in Zeiten der Not unentwegte Selbsthilfe angebracht ist. Nicht genug kann von der Arbeiterschaft aller Welt ihre Notlage dargestellt werden. Nicht eindringlich genug kann die Arbeiterschaft aufgerufen werden zu kräftiger, besonnener Selbsthilfe. Die anderen Stände verstehen das besser. Sie verstehen ihre besonderen Selbsthilfemittel anzuwenden und sie auszubauen. Da vernehmen wir beispielsweise: „Mit der Hilfe, die wir dem Mittelstand gewähren, helfen wir dem gesamten Wirtschaftsleben unserer Stadt, tragen mit dazu bei, unser Volk und Vaterland hinauszuführen aus den tiefen wirtschaftlichen Bedrängnissen, in die der Krieg und die Nachkriegszeit uns hineingebracht haben. Wir leisten damit auch eine Erziehungsarbeit an unserem Volke: Wir zeigen dem Volke, daß wir nur durch kräftige Selbsthilfe und ein unentwegtes Selbstvertrauen die fleißige Arbeit, die Wirtschaft des ganzen Staates in die Höhe bringen können, und daß ein Staat nur dann in der Lage ist, dem Volke zu helfen, wenn das Volk dem Staate die hierzu nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Nicht Staatshilfe, sondern Selbsthilfe, das war der große Gedanke, der den Begründer der Genossenschaften Reiffen und Schulze-Delitsch voranschwebte; Selbsthilfe, das soll auch weiterhin der Leitgedanke sein unserer Genossenschaft und unserer Bank.“

Gewiß Worte, deren gesunder Kern auch von der Arbeiterschaft weitgehend beherzigt werden muß. Was dem Mittelstand, was den anderen recht ist, soll der Arbeiterschaft billig sein. Kräftige Selbsthilfe auch durch Ausbau der wirtschaftlichen Unternehmungen muß das Ziel der Arbeiterschaft sein. Betrachtet man die geldwirtschaftliche Selbsthilfe der anderen Stände, so kann nicht laut und vernehmlich genug auf die eigenen Banken der Arbeitnehmer hingewiesen werden. Die Deutsche Volksbank als jüngstes Unternehmen kräftiger Selbsthilfe in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß dann auch weitgehendste Förderung erfahren.

## Verzichtsquittungen über nicht ausgezahlten Tariflohn.

Vielfach kommt es vor, daß Arbeitnehmer bei der Lohnzahlung von ihrem Arbeitgeber veranlaßt werden, eine Quittung zu unterschreiben, wonach sie bekunden, keine Forderungen mehr an den Arbeitgeber zu haben. Mancher Arbeitnehmer unterzeichnet eine solche Quittung, weil er sonst Gefahr läuft, entlassen oder sonst wirtschaftlich geschädigt zu werden. Die Arbeitgeber veranlassen solche Quittungen, um sich gegen nachträglich vom Arbeitnehmer zu stellende Lohnforderungen zu schützen.

Auch heute noch glauben manche Arbeiter, daß sie durch Unterzeichnung solcher Quittungen kein Anrecht mehr auf den zu wenig ausgezahlten Lohn haben. Dem ist aber keineswegs so.

Das Landesarbeitsgericht in Berlin hat am 26. September 1929 ein Urteil dahingehend gefällt, daß die Unterzeichnung einer sogenannten Ausgleichsquittung bei den einzelnen Lohn- und Gehaltszahlungen dann noch keinen rechtswirksamen stillschweigenden Verzicht auf die nicht mit zur Auszahlung gelangten Teile des Tariflohnes oder Gehaltes erlangt, wenn der betreffende Arbeitnehmer nur unter wirtschaftlichem Druck und aus Furcht vor Benachteiligung von der Geltendmachung der höheren tariflichen Ansprüche gelegentlich der Unterzeichnung der Abfindungsquittung Abstand genommen hat.

Unterzeichnet der Arbeitnehmer allerdings am Tage der Entlassung eine solche Quittung, dann kann er nicht mehr mit dem Einwand kommen, daß diese Unterzeichnung nur unter wirtschaftlichem Druck abgegeben worden sei. Er begibt sich dadurch aller Rechte. pb.

Moderne Betriebsgefahren

Für die Gefährdung der körperlichen Kräfte, der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter mögen einige Zahlen sprechen. Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Zahl der Unfälle im Jahre 1910 bei 9831,9 Versicherten (in Tausend angegeben) 484 097, im Jahre 1920 bei 9537,4 Versicherten 433 049, im Jahre 1925 bei 10 854,1 Versicherten bereits 652 897, 1926 bei 9048,3 Versicherten 753 625, im Jahre 1927 bei 11 391,4 Versicherten 1 010 482.

In Unfallrenten wurden im Jahre 1913 176,6 Millionen Mark, im Jahre 1924 11,8 Millionen RM., 1925 bereits 178,7 Millionen RM. und im Jahre 1926 280 Millionen RM. gezahlt. Erweiterungen der Unfallversicherung sind bei diesen Zahlen berücksichtigt.

Offt wird gegen die Arbeiterschaft der Vorwurf erhoben, sie sei selbst schuld an der hohen Zahl der Unfälle. Lieber die Frage gibt eine Statistik der Gewerbe- und Hygiene-Ausstellung in Dresden über Unfallursachen bemerkenswerten Aufschluß. Nach dieser Statistik sind Unfälle hervorgerufen: Durch unvermeidbare höhere Gewalten 19 v. H., durch Unvollkommenheiten von Maschinen und Schutzeinrichtungen 32 v. H., durch Ungechlichkeit und ungenügende Ausbildung 10 v. H., durch körperliche Mängel 15 v. H., durch ungeeignete feilsche Eigenschaften 18 v. H., durch ungünstige Betriebsverhältnisse (Arbeitsgegenstand, Arbeitseintönigkeit, Entlohnung) und Belastung durch die Lebenslage 6 v. H.

Zunächst ist die Erkenntnis der tieferen Ursachen erforderlich. Unfallverhütungspropaganda ist gut und notwendig; aber was nützen uns alle Unfallverhütungsvorschriften und -bilder, wenn sie nicht den Erfordernissen der modernen Betriebsweise angepaßt sind? Solange die Wurzel des Übels nicht erkannt ist, ist auf einen Rückgang der Unfälle nicht zu hoffen. Es ist notwendig, daß sich die arbeitende Jugend in Kursen und Bildungseinrichtungen Informationen darüber holt, wie sie Unfälle im Betrieb vermeiden kann. Solange sie ihre Freizeit aber nur auf den Sportplätzen und Vergnügungstätten verbringt, ist nicht damit zu rechnen, daß die neue Generation besser vorgebildet sein wird, Unfällen aus dem Wege zu gehen, als die alte. Ein anderes Mittel, um die erschreckend hohe Zahl der Unfälle herabzumindern, ist der Ausbau der Aufsichtsbehörde. Arbeitnehmervertreter müssen mehr als bisher mit herangezogen werden, so daß sie im Verein mit verbesserten Schutzmaßnahmen und der Belegschaft, die zur Milderung unbedingt selbst mit Hand anlegen muß, den Kampf gegen die Gefahren der modernen Betriebe aufnehmen und sie die Gefährdung der Arbeitnehmer auf das Mindestmaß zurückführen kann.

Bestrafung von Arbeitgebern wegen Nichtablieferung von Versicherungsbeiträgen.

Die Zahl der Verurteilungen von Arbeitgebern wegen rechtswidrigen Einbehaltens von Beitragsteilen, die sie den Versicherten abgezogen oder von ihnen erhalten haben, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Während die Reichskriminalstatistik für 1925 nur 747 Verurteilungen wegen derartiger Vergehen feststellt, sind für 1926 2505, für 1927 sogar 3717 Verurteilungen ausgewiesen. Zur Zeit haben nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums die Beitragshinterziehungen einen Umfang erreicht, der geeignet ist, die gesetzmäßige Durchführung der Sozialversicherung zu gefährden.

Angesichts der hohen Bedeutung, welche der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger und dem Schutz der Ansprüche der Versicherten zukommt, erscheint es dringend geboten, mit allen Mitteln auf eine Eindämmung der Vorenthaltungen von Beitragsteilen hinzuwirken. Die Strafverfolgungsbehörden wurden darum vom Justizministerium aufg.ordert, der Bearbeitung von Verfahren wegen Vorenthaltung von Beiträgen zu der Sozialversicherung ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das Vergehen der Beitragshinterziehung ist vollendet, wenn der volle Lohnbetrag um Beiträge des Arbeitnehmers tatsächlich gekürzt und die Fälligkeit der an die Kasse zu entrichtenden Leistungen eingetreten, das Forderungsrecht der Kasse aber durch Nichterfüllung verlehrt ist. Nachträgliche Entrichtung der Beiträge kann daher von Strafe nicht befreien.

Von den Strafverfolgungsbehörden wird weiterhin gelegentlich der Erörterungen über eine etwaige Auslegung der Strafvollstreckung darauf hinzuwirken sein, daß eine Aussetzung nur dann erfolgt, wenn dies mit dem öffentlichen Interesse an einer wirksamen Bekämpfung der erwähnten Vergehen vereinbar ist, und mit dem Hinweis, daß es für die Frage eines späteren Gnadenbeweises von wesentlicher Bedeutung sein werde, ob der Verurteilte nach Kräften bestrebt gewesen sei, die vorenthaltenen Beiträge dem Versicherungsträger zu erstatten.

Allgemeine Rundschau

Freudliche Entwicklung der katholischen Arbeitervereine.

Nach dem auf dem Kongreß der katholischen Arbeitervereine in Gelsenkirchen durch Generalsekretär Schmitt (Berlin) erharteten Geschäftsbericht hat der Reichsverband der katholischen Arbeitervereine seit 1927 rund 35 000 Mitglieder gewonnen. Er zählt heute in 3000 Vereinen rund 350 000 Mitglieder. Die seit 1925 mit besonderer Aktivität hervorgetretene Werksjugend zählt rund 9 000 junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Im Reichsverband sind 112 Sekretäre tätig. Er gibt 6 Zeitschriften, 2 Jugendblätter, eine Arbeiterinnenzeitung und ein wissenschaftliches Organ: „Soziale Revue“, heraus.

Fernunterricht der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin.

Die Berliner Wirtschaftsschule beginnt am 1. Oktober mit einem neuen Fernunterrichtskursus. Der Fernunterricht erstreckt sich auf Volkswirtschaftslehre und Staatsbürgerkunde und dient der Vorbereitung zum Besuch der Wirtschaftsschule selbst. Für die Teilnahme am Fernunterrichtskursus ist eine einmalige Aufnahmegebühr von 1.— RM. und eine monatliche Teilnehmergebühr von 2.— RM. zu zahlen. Erwerbstätige sind von dieser Zahlung befreit. Kollegen, die an dem Fernunterricht teilnehmen wollen, haben ihre Meldung an unsere Verbandszentrale einzufenden. Der Meldung ist ein ausführlicher Lebenslauf, in dem vor allem der bisherige Bildungsgang dargelegt wird, beizufügen. Die Meldungen müssen spätestens bis 10. September erfolgen.

Ist das notwendig?

Deutschland führt für über 4000 Millionen Mark landwirtschaftliche Produkte und für 3000 Millionen Mark industrielle Erzeugnisse ein. Das bedeutet einen gewaltigen Ausfall an deutscher Produktion. Darin liegt zu einem wesentlichen Teil unsere große Arbeitslosigkeit mitbegründet. Das kann so nicht weitergehen. Wir müssen den Verbrauch fremder Waren einschränken und unsere eigenen Erzeugnisse kaufen!

Schafft Arbeit!

Die verheerende Arbeitslosigkeit ist eine Schicksalsfrage für unser deutsches Volk. Ihrer Behebung muß unser Hauptkampf gelten. Jede Mark, die wir in Deutschland unnötigerweise für fremde Waren ausgeben, trägt mit dazu bei, die Arbeitslosigkeit zu verschärfen. Darum: Fort mit der Bevorzugung fremder Waren!

Zur Lage der Arbeiterschaft in der Textilindustrie von Bombay.

Nach den amtlichen Feststellungen der Bezirksregierung von Bombay waren im Jahre 1921 rund 39 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung von Bombay in der Textilindustrie beschäftigt. In Zahlen ausgedrückt, gab es damals 133 988 Textilarbeiter. Im Laufe der Jahre hat sich die Zahl der textilindustriellen Arbeitnehmer vergrößert, so daß sie eine nicht unerhebliche Rolle im Wirtschaftsleben der Stadt und des ganzen Bezirks spielen. Durch das internationale Arbeitsamt in Genf wird eine neueste Statistik über die Zahl und Art der Arbeitskonflikte in den letzten neun Jahren gegeben, die gerade in Textilarbeitertreuen sicherlich Beachtung finden wird. Hiernach sind 738 Arbeitskonflikte ausgebrochen, von denen allein 401 oder 54 Prozent auf die Stadt Bombay allein entfallen. Beteiligt waren an diesen Konflikten 1 309 511 Textilarbeiter, von denen 1 077 927 in Bombay selbst beschäftigt waren. Aus diesen Arbeitskonflikten entstand ein Verlust von 54 Millionen Arbeitstagen, für die Stadt Bombay allein von 49 Millionen Arbeitstagen.

Auch wir

werden demnächst eine

Weltgeschichte

herausgeben. Genau wie unsere

Größenordnungen

dem so schnell bekannt gewordenen statistischen Lern- und Nachschlagebuch (wovon nur noch wenige Hundert zum ermäßigten Preis von 5,50 RM. vorrätig sind), wird auch diese Weltgeschichte

ein literarisches Ereignis

werden. Achtet, bitte, auf weitere Ankündigungen an dieser Stelle.

Christl. Gewerkschaftsverlag  
Berlin-Wilmersdorf

Die Textilarbeiter Bombays sind in örtlichen Gewerkschaftsvereinen organisiert, unter denen der „Bombay Girni Kamgar“ mit einer Mitgliederzahl von 54 000 der größte ist. Die Durchorganisation der Arbeiterschaft macht nur langsam Fortschritte und stößt auf mannigfache Widerstände. So sind z. B. nur 58 246 Textilarbeiter organisiert, was noch nicht der Hälfte aller Textilarbeiter entspricht.

Die Regierung versucht jetzt, einheimische Textilarbeiter durch die Gewerkschaft zum Studium der englischen Verhältnisse nach England zu entsenden, um in Zukunft Schwierigkeiten, wie sie noch bei dem letzten großen Streik in der dortigen Textilindustrie aufgetreten sind, zu vermeiden. Dr. b. W.

Berichte aus den Ortsgruppen

Marklissa. Schon lange war es der Wunsch aller Kolleginnen und Kollegen von Marklissa und Lauban, mal einen gemeinsamen Ausflug zu unternehmen, um auch für ein paar Stunden wieder mal die Sorgen des grauen Alltags zu vergessen. Als endgültiger Tag war Sonntag, der 20. Juli, festgelegt worden. Zum Ziel und Treffpunkt hatten wir uns die Rieserfenschke in Niedersteinbach gewählt. Wohl machte noch am Mittag der Himmel ein recht bedenkliches Gesicht, doch klärte er sich in den folgenden Stunden auf, so daß er uns noch das schönste Wetter bescherte. Beide Ortsgruppen waren recht zahlreich vertreten, Marklissa mit über 50 Personen, Lauban schätzungsweise die gleiche Anzahl, und es gestaltete sich in der Rieserfenschke ein fröhliches Familienfest. In Vertretung des Bezirksleiters, Kollegen Jungnickel in Kiegnitz, war Kollege Bößling aus Neusalz anwesend. Nach der Begrüßung der Erschienenen durch Kollegen Weinerz (Lauban) hielt Kollege Bößling eine Ansprache. In kurzen Zügen wies er auf die gegenwärtig traurige Lage hin, sowohl in politischer, wie auch in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung. Er kennzeichnete Ausland als abschreckendes Beispiel, wohin die Nationalisierung eines Volkes führe, und ermahnte die christlichen Gewerkschaftler, treu zu ihrer Organisation zu halten, immer und überall die heiligsten Güter des Menschlichen, die Religion, zu schützen und stets auch in der Öffentlichkeit ihren Namen zu stehen. Auch der endlichen Befreiung des Rheinlandes gedachte er mit begeisterten Worten und drückte den heißen Wunsch aus, daß auch recht bald die Saar von ihrem Joch befreit werden möchte. Ein Hoch auf das Vaterland und der Gesang des Deutschlandliedes gaben beredtes Zeugnis der Versammelten, daß sie dem Redner voll und ganz beistimmen. Schließlich gedachte Kollege Bößling noch des fürchtbaren Grubenunglücks in Hausdorf bei Neurode und der Heiden der Arbeit, die im Dienste für das Volksganze ihr Leben lassen mußten. In ehrendem Gedenken jangen die Versammelten das Lied vom guten Kameraden. Der inzwischen eingetretene Sonnenschein zog alle in den Garten, wo sich nicht nur die Kinder, sondern auch die Erwachsenen bei fröhlichen Spielen angenehm vergnügten. Natürlich wurden in Gestalt von Süßigkeiten auch Siegerpreise verteilt. Das Schönste dabei war, daß jeder einmal „Siegen“ konnte. Der Witz hatte uns seinen Rundfunk zur Verfügung gestellt, so daß sich bald auch die Mädchen nach seinen Weisen drehten. Viel Freude machten auch die herrlichen Rosen- und Dahlienanlagen des Gartens, und je

manche Blume wurde mit nach Hause genommen. Alles in allem: es war ein schöner Nachmittag mit prächtiger Stimmung unter den Teilnehmern, und der Wunsch auf ein frohes Wiedersehen war gewiß allen aus dem Herzen gesprochen.

Niederlausitz. Bericht über die Verbandsgeneralversammlung. In Korb hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe im evangelischen Vereinshaus überaus zahlreich eingefunden. Nachdem die Besangabteilung des evangelischen Arbeitervereins unter der Leitung unseres Kollegen Hoffmann die Versammlungsteilnehmer durch einige Lieder überrascht und erfreut hatte, erstattete Kollege Rurdt den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Dresden. Er verbreitete sich in längeren Ausführungen über die dortselbst gehaltenen Beschlüsse und über das Arbeitslosenproblem, wie es vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus betrachtet wird. Er befaßte sich insbesondere mit dem Referat des Kollegen Seeke und gab die Vorschläge bekannt, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit von der Verbandsgeneralversammlung gutgeheißen wurden.

Sodann erhielt Kollege Melcher vom Hauptvorstand das Wort zu seinem Vortrag über die Einführung der Invaliditätensammlung. In Korb hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe im evangelischen Vereinshaus überaus zahlreich eingefunden. Nachdem die Besangabteilung des evangelischen Arbeitervereins unter der Leitung unseres Kollegen Hoffmann die Versammlungsteilnehmer durch einige Lieder überrascht und erfreut hatte, erstattete Kollege Rurdt den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Dresden. Er verbreitete sich in längeren Ausführungen über die dortselbst gehaltenen Beschlüsse und über das Arbeitslosenproblem, wie es vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus betrachtet wird. Er befaßte sich insbesondere mit dem Referat des Kollegen Seeke und gab die Vorschläge bekannt, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit von der Verbandsgeneralversammlung gutgeheißen wurden.

Sodann erhielt Kollege Melcher vom Hauptvorstand das Wort zu seinem Vortrag über die Einführung der Invaliditätensammlung. In Korb hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe im evangelischen Vereinshaus überaus zahlreich eingefunden. Nachdem die Besangabteilung des evangelischen Arbeitervereins unter der Leitung unseres Kollegen Hoffmann die Versammlungsteilnehmer durch einige Lieder überrascht und erfreut hatte, erstattete Kollege Rurdt den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Dresden. Er verbreitete sich in längeren Ausführungen über die dortselbst gehaltenen Beschlüsse und über das Arbeitslosenproblem, wie es vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus betrachtet wird. Er befaßte sich insbesondere mit dem Referat des Kollegen Seeke und gab die Vorschläge bekannt, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit von der Verbandsgeneralversammlung gutgeheißen wurden.

Unter Gewerkschaftsangelegenheiten berichtete Kollege Jähbender über den derzeitigen Stand der Mantelfabrikzeitfragen, die sich nun schon monatelang hinziehen und noch immer nicht zum Abschluß gekommen sind. Auch die letzte Verhandlung, die am Donnerstag, den 7. August, beim Reichsarbeitsministerium stattfand, ist wiederum ergebnislos verlaufen. Der vom Schlichter gefällte Schiedspruch ist von uns abgelehnt worden, weil derselbe Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Tarif vorsetzt. Da von seiten des Arbeitgeberverbandes die Verbindlichkeit beantragt worden ist, muß die Entscheidung dem Reichsarbeitsministerium überlassen werden.

Der Arbeitersekretär Reuter von den evangelischen Arbeitervereinen sprach seine Genugtuung darüber aus, daß der christliche Textilarbeiterverband das schwierige Arbeitslosenproblem angepaßt und konkrete Vorschläge zu dessen Lösung gemacht habe. Er forderte unsere Mitglieder und jene der evangelischen Arbeitervereine zu gemeinsamer, sich gegenseitig ergänzender Arbeit zum Wohle der Gesamtheit des deutschen Volkes auf. Nachdem noch mehrere Anfragen ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes an den Kollegen Melcher und an die Besangabteilung des evangelischen Arbeitervereins die Versammlung.

Mehrlich war der Verlauf der Versammlung in Kottbus und Sorau. Beide waren gut besucht. Als Redner war auch hier Kollege Melcher erschienen, der über die auf der Verbandsgeneralversammlung behandelten Themen und gefaßten Beschlüsse eingehend berichtete. In Kottbus gab Kollege Jähbender noch Aufschluß über den Stand der Tarifbewegung, während Kollege Seidel sich mit den Bestrebungen zur Verschlechterung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung befaßte und gewisse gegen unsere Bewegung erhobene Verdächtigungen zurückwies. — In Sorau gab Kollege Lehmann den Bericht über die Bezirkskonferenz. Erfreulich ist, daß in beiden Versammlungen der Einführung der Invaliditätensammlung voll und ganz zugestimmt wurde. Mögen die Mitglieder nun auch dafür sorgen, daß der vorgegebene Mehrbeitrag von 10 Pfennig pro Woche restlos bezahlt wird.

Verksammlungskalender

Jüchen. Am Samstag, den 23. August, abends 7 Uhr in der Wirtschaft Müller Versammlung. Thema: Die Verbandsgeneralversammlung in Dresden.

Bekanntmachung

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz für den Verwaltungsbezirk Schlesien findet am Sonnabend, den 27., und Sonntag, den 28. September 1930, in Reichenbach (Eule) im Gasthaus „Zum deutschen Kaiser“, Tränkstraße, statt.

Die Ortsgruppen werden gebeten, die Delegiertenwahlen von dieser Konferenz gemäß § 21 unserer Satzungen vorzunehmen und die genauen Anschriften der Gewählten bis spätestens 18. September 1930 dem Unterzeichnerten mitzuteilen.

Tagesordnung sowie sonstige geschäftliche Mitteilungen werden dann den Delegierten direkt zugesandt.

Gustav Jungnickel, Bezirksleiter.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. — An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. — Neuwahl von Hauptvorstand und Verbandsauschuss. — Englands Baumwollindustrie in der Krise. — Kräftige Selbsthilfe. — Vom Arbeitsgericht. — Verzichtsquittungen über nicht ausgezahlten Tariflohn. — Moderne Betriebsgefahren. — Bestrafung von Arbeitgebern wegen Nichtablieferung von Versicherungsbeiträgen. — Allgemeine Rundschau: Freudliche Entwicklung der katholischen Arbeitervereine. — Fernunterricht der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin. — Ist das notwendig? — Schafft Arbeit! — Zur Lage der Arbeiterschaft in der Textilindustrie von Bombay. — Berichte aus den Ortsgruppen: Marklissa. — Niederlausitz. — Verksammlungskalender. — Bekanntmachung. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastr. 7.

Größe Farmer-Zigarre i Preis Abbau aus best. Vbersee-Tabaken. Ladenpreis à St. 10 Pfg. ab Fabrik 1.00 St. nur M. 6.80 geg. Nachn. Gar. Zurückn. Taus. Kunden. Preis. grat. Gebr. Weckmann, Zig.-Fabr. Hanau-M 37

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 103 Prov. Sachsen, Angerstraße 4 sendet Ihnen nur allerbeste, strengste Qualität. Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen. Körner prima Bettinlett. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unsonst und portofrei. Domani Creulich Lithogr. Anstalt Berlin NO 43 Beitragsmarken Rabattmarken Jungbühner, Ia Leger, 3,10 M. Leghorn, 3 Monate alt, 3,50 M. Preisliste frei. Simons, Gefäßelhof, Jüchen 200. Der Deutsche ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers